



# Es braucht neue Wege in der Wirtschaftspolitik! Einkommen neu denken & gestalten = Wirtschaft – Ökonomie ökosozial lenken

Eine Krise ist eine Chance für neue Wege. Der UBV meint, es braucht nicht nur neue Wege in der Agrarpolitik. Die CORONA-Krise zeigt: Es braucht JETZT neue Wege in der Wirtschaftspolitik – konkret in der Einkommenspolitik.

Viel ist derzeit von Solidarität und vom Zusammenhalten die Rede. Beim Geld hört sich aber die Solidarität wie der Zusammenhalt sehr rasch wieder auf. Die Krise offenbart ungeschminkt und knallhart: Es gibt jene, die es gut getroffen haben und jene, die es beim Einkommen und damit in ihrer Existenz knüppelhart trifft.

Alle Menschen, die nicht im Staats- oder Landesdienst berufstätig sind, zittern aktuell vielfach um ihre Existenz. Bürger, die im öffentlichen Dienst sind, haben diese Sorge im Grund kaum bis gar nicht. Auch in Krisenzeiten werden ihre hohen Gehälter laufend uneingeschränkt bezahlt. Diesen Komfort haben auch die Politiker und Politikfunktionäre – ob in berufsständischen Bereichen oder als Abgeordnete bzw. Regierungsmitglieder. Man entscheidet zwar mit extremen Maßnahmen wie aktuell über das Schicksal hunderttausender Bürger. Selber sitzt man aber im

geschützten Bereich und hat keine Sorge um den eigenen Arbeitsplatz bzw. das eigene Einkommen!

## Der UBV stellt daher folgenden Ansatz zur Diskussion:

Bürgerinnen und Bürger, die selbstständig sind oder aber in Betrieben arbeiten, wo der Erfolg auch immer davon abhängt, wie man am Markt reüssiert, sollen ein Fangnetz bekommen.

## Der UBV bringt zwei konkrete Vorschläge ein und fordert:

- 1) Ein Grundeinkommen für Erwerbstätige in der Größenordnung von 1.500 Euro
- 2) Die Koppelung der Einkommen im Staatsdienst oder von Mandataren an den Erfolg der Wirtschaft

Konkret: Geht es der Wirtschaft gut, verdienen die Staatsdiener und Politiker gut. Geht es der Wirtschaft schlechter, dann sind auch die Gehälter der Beamten oder Politiker

niedriger. So gehört das gekoppelt. Das ist dann eine echte, gelebte Solidarität. Das fordert der UBV ein. Staatsdiener und die Politik können nur finanziert werden, wenn es eine erfolgreiche, produzierende Wirtschaft gibt. Dazu gehören die Land- und Forstwirte, die Gastronomie, der Handel, das Gewerbe und die Industrie. Die Grundsicherung soll zudem genau diese Bereiche stärken!

## Einkommenspolitik neu denken und so Wirtschaft ökosozial lenken.

Die CORONA-Krise ist aus der Sicht des UBV der richtige Zeitpunkt, hier neue Wege zu gehen. Die Grundsicherung trifft genau jene Leistungsträger unserer Gesellschaft, die den Staat tragen. Diese Grundsicherung wird auch zu 100 Prozent Monat für Monat direkt wieder in die regionale, heimische Wirtschaft reinvestiert!

INFO: [www.ubv.at](http://www.ubv.at)

**Daher fordert der UBV: Es braucht neue Wege in der Wirtschaftspolitik!  
Einkommen neu denken und gestalten = Wirtschaft – Ökonomie ökosozial lenken**